

## Brauchen wir TTIP?

*Mehr Sicherheit und Wohlstand oder doch ein Rückschritt? Wie kein anderes Freihandelsabkommen zuvor polarisiert das geplante Transatlantische Handelsabkommen zwischen EU und USA die Öffentlichkeit. Dies mag am Vorgehen der EU-Kommission liegen, die hinter verschlossenen Türen verhandelt und somit genügend Raum für Spekulationen lässt, wie das zum Ruhm gekommene Chlorhühnchen oder die Angst vor niedrigeren Schutzstandards. Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, sieht im Abkommen jedoch viel Positives – besonders für kleine und mittlere Betriebe.*

**AGEV:** Warum braucht Deutschland das Transatlantische Handelsabkommen mit den USA?

**Matthias Machnig:** TTIP errichtet einen transatlantischen Marktplatz und erleichtert europäischen Unternehmen damit den Zugang zum großen US-Markt. Weniger Zölle und Handelsbarrieren verbessern die Exportchancen und schaffen Umsatz und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks. Zudem haben wir mit TTIP die Möglichkeit, auf der globalen Ebene Spielregeln für einen Freihandel zu setzen, der Bürokratie abbaut und zugleich nationale Eigenheiten respektiert. Für die Handelspartner EU und USA, die auf Basis ähnlicher Grundwerte kooperieren, könnte TTIP als Element der Global Governance eine Wegmarke in einer neuen weltweiten Verantwortungsstruktur werden. Um die Globalisierung zu gestalten, brauchen wir Regeln. Die können wir jetzt schaffen. Deswegen wollen wir TTIP. Wir wollen den Freihandel, aber nicht um jeden Preis.

**AGEV:** Sind unsere hohen sozialen Umwelt- und Datenschutzstandards in Gefahr, wenn das Abkommen unterzeichnet wird?

**Matthias Machnig:** Nein, keines unserer grundlegenden Gesetze zum Schutz von Menschen, Tieren oder Umwelt wird aufgehoben. Im Verhandlungsmandat für die EU-Kommission ist klar festgeschrieben, dass bewährte Rechte und Standards in Europa für Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz oder bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und im Kulturbereich nicht unterlaufen werden dürfen. Unterschiedliche Standards können nur dann gegenseitig anerkannt werden, wenn das Schutzniveau auf beiden Seiten vergleichbar ist, aber auf verschiedenen Wegen erreicht werden kann.

**AGEV:** Was sagen Sie zu den Vorwürfen, dass durch das Abkommen Schadensersatzansprüche ausländischer Konzerne in Deutschland in Zukunft unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgesetzt werden könnten?

**Matthias Machnig:** Ich halte spezielle völkerrechtliche Regelungen zum Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren in Freihandelsabkommen mit entwickelten Rechtsstaaten wie den USA für nicht erforderlich. Denn sie verfügen über belastbare Rechtsord-



nungen und gewährleisten ausreichend Rechtsschutz vor unabhängigen nationalen Gerichten. Wir werden über dieses Thema in den nächsten Monaten eine intensive Debatte in der EU führen. Eine endgültige Entscheidung darüber wird aber erst nach Ende der TTIP-Verhandlungen erfolgen. Es muss auf jeden Fall ausgeschlossen werden, dass demokratisch getroffene Regelungen ausgehebelt oder umgangen werden können.

**AGEV:** Nützt das Abkommen nur den großen Konzernen oder könnten auch kleine und mittelständische Unternehmen von dem Abkommen profitieren?

**Matthias Machnig:** Viele Handelshemmnisse betreffen große wie kleine Unternehmen gleichermaßen. Allerdings sind unterschiedliche Produktanforderungen, doppelte Tests und Zertifizierungen für den Marktzugang in die USA für KMU eine viel größere Belastung, da die Anpassungskosten für sie überproportional hoch sind und oft personelle Ressourcen fehlen. Oft ist es nicht sinnvoll, Waren auf beiden Seiten des Atlantiks aufwendig zu prüfen, um zum gleichen Ergebnis zu kommen. Eine stärkere Abstimmung bei Normen, Prüfverfahren und Zulassungen könnte gerade für KMU immense Kostenersparnisse bringen.

**AGEV:** Herr Staatssekretär, vielen Dank für das Gespräch.

### Matthias Machnig



Seit Oktober 2014 ist Machnig beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und verantwortlich für Industriepolitik, Außenwirtschaftspolitik, Innovations-, IT und Kommunikationspolitik sowie Mittelstandspolitik. Zuvor leitete er unter anderem den SPD-Wahlkampf für die Europawahl und war in Thüringen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.